

# Staat! Nein! Doch!

Gespräch mit André Lichtschlag

SEZESSION: Herr Lichtschlag, Sie sind radikalkapitalistisch und libertär und wünschen den Staat in Wirtschafts- und Finanzfragen zum Teufel. Haben Sie in den letzten zwei Monaten Ihre Ansicht geändert?

LICHTSCHLAG: Ich habe durchaus ein konservatives Menschenbild. Ich glaube, daß Menschen für sich selbst weitsichtiger, wirtschaftlicher und besonnener handeln als Gutmenschen-Bürokraten das für andere tun. Warum sollte ich ausgerechnet dann meine Ansicht ändern, wenn durch die Finanzkrise das ganze Desaster politischer Steuerung und vor allem staatlicher Geldpolitik offenbar wird? Kaum ein Bereich ist dermaßen monopolisiert und reguliert wie die Finanzbranche. Wir haben jahrelang in unserer Zeitschrift diese Finanzkrise vorhergesagt. Wir haben die durch Politik verursachte amerikanische Hypothekenkrise als Ausgangspunkt einer dann weltweiten starken Rezession vorhergesagt, als die US-Häuserpreise noch stiegen. Sie können das alles in vielen Ausgaben meines Magazins nachlesen oder etwa auch in den Büchern unseres Kolumnisten Vogt oder unserer Redaktionsbeiräte Baader, Hülsmann oder Hoppe. Überrascht hat das Desaster nur staatsgläubige, ahnungslose Träumer ohne Interesse an ökonomischen Zusammenhängen.

SEZESSION: Es mag wohl so sein, daß Menschen für sich selbst weitsichtig, wirtschaftlich und besonnen handeln, und genau darin sehe ich die gefährliche Schwäche Ihrer Überzeugung: Was für den Einzelnen hervorragend sein mag, kann für die Gemeinschaft eine Katastrophe bedeuten. Oder denken Sie nicht auch, daß einige tausend Finanzjongleure aufs Ganze gesehen katastrophal gewirtschaftet haben – für sich selbst und ihre Kindeskinde allerdings ein für alle Mal genug Geld verdient haben?

LICHTSCHLAG: Wenn Menschen auf dem Markt, also selbstverantwortlich mit ihrem Eigentum und freiwillig, handeln, tun sie dies, weil sie sich einen Vorteil davon versprechen. Das ist das „ökonomische Mittel“, wie es Franz Oppenheimer nannte. Keiner kommt dabei zu Schaden, von einer „Kata-

strophe für die Gemeinschaft“ ganz zu schweigen. Zu dieser kommt es in unschöner Regelmäßigkeit beim Einsatz des „politischen Mittels“, also durch umverteilende Staatspolitik. Im Falle der Finanzkrise wurde und wird vom politischen Mittel reichhaltig Gebrauch gemacht. Wenn der Staat ausgiebig Freibier – Geld ohne Deckung – verteilt, darf er sich nicht wundern, wenn Einzelne kommen und trinken. Konservative mit einem realistischen Menschenbild wissen das. Schauen Sie sich die Politik an, die nun in letzter Konsequenz zu einer Hyperinflation führen wird – alles schon dagewesen! Politik lernt offenbar nicht einmal aus den Fehlern der Vergangenheit. Kein Wunder, denn Politiker handeln nicht auf eigene Rechnung, sondern auf Kosten der Steuerzahler und Inflationsopfer. Damit kommt die Politik immer wieder durch, weil der Wahnsinn des zutiefst unsozialen politischen Mittels immer wieder mit einer nebulösen Gemeinschaftsideologie oder Demokratieduselei bei oft fehlender ökonomischer Klarsicht verschleiert wird.

Anders gesagt: Wenn es Sie nur stört, daß einige viel Geld verdient haben, dann greift das zu kurz. Davon, daß einige viel Geld verdienen, haben andere nicht weniger Geld, im Gegenteil, sofern sie produktiv für andere tätig sind. Das waren die Finanzjongleure, wie Sie sie nennen, aber eben nicht, weil sie sich nicht des ökonomischen Mittels auf dem Markt bedient haben, sondern als Werkzeuge des politischen Mittels geldschöpferisch fungierten. Sie haben auch nicht auf eigene Rechnung und eigenes Risiko gehandelt, sondern spätestens mit den absehbaren Milliarden-Rettungspaketen voll auf Kosten der Steuerzahler und – mangels Deckung der Politikerversprechen – zukünftigen Inflationsopfer. Natürlich lassen die Politiker ihre Handlanger im Finanzwesen – sie können es gerne auch umgekehrt sehen – nicht hängen. Schauen Sie sich mal an, wer alles im Aufsichtsrat der KfW sitzt.

SEZESSION: Sie meinen also im Ernst, daß es so etwas wie die massenhafte Vergabe ungedeckter Kredite oder das Akkumulieren von Kapital in Rentenfonds und das anschließende „Hedgen“ von Unternehmen ohne den Staat und staatspolitische Regelungen nicht gegeben hätte?

**LICHTSCHLAG:** Fangen wir hinten an: Das Hedgen hat mit der Finanzkrise wenig zu tun. Die Rentenfonds sind Ergebnis direkter und indirekter staatlicher Politik, von der Familien- über Gesellschaftsrechts- bis zur Geldpolitik. Es gab Zeiten, da hat man für das Alter anders vorgesorgt. Und die ungedeckten Kredite etwa im Immobilienbereich in den USA wurden von den zwei halbstaatlichen Instituten Fannie Mae und Freddie Mac vergeben, nachdem sie die politischen Vorgaben durch eine ganzen Reihe von „Fair Lending“-Gesetzen erhalten haben. Die beiden Institute wurden politisch dahin gelenkt, Darlehen für den Eigenheimkauf unbedingt an – wie sagt man heute so schön? – „sozial Schwache“ zu vergeben. Das ist so ähnlich wie sozialistische Schulpolitik nach dem Motto „Abitur für alle“. Am Ende ist es wie immer: Politiker können nicht zaubern. Der Schwindel fliegt uns um die Ohren.

**SEZESSION:** Ich glaube, wir reden immer noch aneinander vorbei. Der Punkt, auf den ich ziele, ist Ihr durch nichts gerechtfertigtes Vertrauen in die Vernunft einer völlig von der staatlichen Leine gelassenen Wirtschaft. Es hat aber noch nie eine Ökonomie ohne außerökonomische Bedingungen gegeben. Sie konstruieren ein „Ich“, das marktfähig mit anderen umgeht. Der Mensch ist aber viel mehr – zum Glück, will ich meinen.

**LICHTSCHLAG:** Glauben Sie, daß Sie mit ihrem Bild von „einer völlig von der staatlichen Leine gelassenen Wirtschaft“ vor einem mittelständischen Unternehmer bestehen? Er, der heute wie nie zuvor durch Reglementierung und Ausbeutung belastet ist, wird Sie vermutlich nicht verstehen. Natürlich hat es noch nie eine Ökonomie ohne außerökonomische Bedingungen gegeben. Schauen Sie: Wir haben heute einen Staatsanteil an der Wirtschaft von 60 bis 70 Prozent. In den Dauerkrisenbereichen Geld, Bildung und Gesundheit liegt der Anteil höher. In der DDR betrug der Staatsanteil 80 bis 90 Prozent. Der Rest an Markt – schwarz, grau und manchmal auch weiß lizenziert – hat dafür gesorgt, daß die Menschen nicht verhungert sind wie in Nordkorea mit seinen fast 100 Prozent Kommandowirtschaft. Natürlich ist der Mensch mehr als ein Wirtschaftssubjekt! Etwas anderes haben auch Marktwirtschaftler nie behauptet – von Adam Smith über Friedrich August von Hayek bis Hans Hermann Hoppe haben wir es immer auch mit ausgewiesenen Moralphilosophen zu tun, denen es in ihrer Analyse auch und gerade um den Menschen als ganzes ging. Ich vermute, daß Ihr und mein Menschenbild gar nicht allzuweit auseinanderliegen. Während Ihr allgemeines Menschenbild also im Unterschied zu dem der linken Träumer realistisch ist, scheint Ihr Vertrauen in staatliche Regulierung selbst im Fall der offensichtlichen Katastrophe noch geradezu schwärmerisch zu sein. Ich lade Sie ein: Beschäftigen Sie sich mehr mit Ökonomie und studieren Sie das Staatsversagen! Politiker und Bürokraten sind auch nur Menschen. Nur wie sagt man so schön: Gelegenheit macht Diebe! Und wie Menschen ganz allgemein mit Staats- oder Gemeineigentum umgehen, das können Sie sehr schön auf



*André Lichtschlag ist eigentümlich frei*

öffentlichen Toiletten beobachten. So ähnlich ist das auch mit der Geldpolitik gelaufen.

**SEZESSION:** Wir beide haben uns bereits im 3. Heft der *Sezession* (und parallel in Ihrer Zeitschrift, *eigentümlich frei*) darüber gestritten, ob der Mensch als bloßer Marktteilnehmer aus sich heraus vernünftig und förderlich und mit Blick auch auf die Langfristigkeit seines Tuns zu handeln vermag – oder ob nicht doch etwas Vorökonomisches notwendig ist, damit er als Marktteilnehmer nicht zum „Schweinchen Schlau“ mutiert, das nur noch sich kennt. Um Ihr Toiletten-Bild aufzugreifen: Gut erzogene Menschen gehen mit öffentlichen Klos um wie mit ihrem eigenen. Allein ökonomisch aufgefaßte Individuen rechnen rasch durch, ob es sich lohnt, sauber zu sein. Die Reglementierungswut des Staats rührt daher, daß alle ständig alles durchrechnen. Erzogene Menschen hingegen brauchen kaum Regeln.

**LICHTSCHLAG:** Die DDR sah nicht so grau und abgewrackt aus, weil die Menschen dort zu viel herumgerechnet haben oder weil sie so unerzogen waren. Ihr Ökonomie-Ersatz klingt daher ein bißchen wie eine Mischung aus kommunistischem Traum und Pipi Langstrumpf. Nehmen wir die Menschen lieber so wie sie sind. Aber warum nur streiten - am Ende kommen wir vielleicht doch an einer Stelle zusammen: Fehlendes Privateigentum und fehlende Verantwortung führen auf längere Sicht auch zu moralischer und menschlicher Verwahrlosung. Übrigens unten – bei Hartz IV – genauso wie oben bei abgehobenen Managern von Weltkonzernen, die eben auch nicht mehr persönlich mit ihrem Eigentum in der Verantwortung stehen. Sie ähneln vielmehr unserer demokratischen Politikerkaste – und sind ihnen ja auch symbiotisch verbunden. Bei den Managern zählt der kurzfristig Shareholder Value, bei den demokratischen Politikern nur die nächste Wahl. Beide haften nicht selbst. In diesem Sinne: Privateigentum und Kultur – nennen Sie Letzteres meinetwegen auch „Vorökonomie“ oder „Erziehung“ – bedingen und begünstigen einander.

Das Gespräch führte Götz Kubitschek